

Kommentar

Beatrice Heuser*

Europa ohne die USA: Vorwärts in die Vergangenheit?

<https://doi.org/10.1515/sirius-2025-2015>

1 Rückkehr der Rivalitäten

Der inzwischen etwas abgedroschene Begriff der „Zeitenwende“ hat mit der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus von Washington an neuer Bedeutung gewonnen. Seit 2007 ist die totgeglaubte Rivalität zwischen Russland und den liberalen Staaten Europas wieder aufgeflammt. Dies geschieht trotz einer neuen nationalistischen Ideologie in Russland, die eigentlich das extreme Gegenteil des Kommunismus sein sollte. Unter einem neuen rechtsideologischen Lack, dem nur noch ein vollentwickelter Militarismus zum Faschismus fehlt, finden wir in Russland den Fortbestand autoritärer Institutionen. Ein neuer ideologischer Wettbewerb hat sich eingefunden, diesmal am extrem rechten Ende des politischen Spektrums, und hat zur Verwunderung vieler Europäer auch in unseren Ländern eine Anhängerschaft gefunden. *Theoretisch* ist jedes nationalistische Regime der natürliche Feind eines jeden anderen nationalistischen Regimes. Doch *in der Praxis* versuchen solche Regime gerne, zumindest in einer ersten Phase, im gemeinsamen Kampf den Schulterschluss gegen liberale Staaten zu üben und gegen eine Weltordnung, die ihrem Expansionismus Einhalt gebieten.

Nun kommt der Faktor Donald Trump hinzu und damit auch unter den liberalen Demokratien der „Kollaps des Konsenses seit dem Zweiten Weltkrieg“, wie die internationalen Beziehungen funktionieren sollten.¹ Die Relativierung des amerikanischen Verteidigungsversprechens gegenüber Europa und das, was nach einer ideologischen Annäherung an den Regierungsstil und teilweise auch die Ideologie Putins aussieht, katapultiert uns nun vollends in eine neue Phase der zwischenstaatlichen Beziehungen mit



US-Präsident Donald Trump und First Lady Melania Trump vor Nr. 10 Downing Street in London anlässlich des Empfangs zum 70. Jubiläum der NATO, 3. Dezember 2019

ihren eigenen Mustern. Es sieht jetzt danach aus, als ob innerhalb der NATO nur noch Europa und Kanada übrig bleiben, um die auf dem Völkerrecht basierende internationale Ordnung zu verteidigen; eine Ordnung, die mühselig über die letzten hundert Jahre aufgebaut worden ist.

2 Historische Normalität?

Ist das nicht aber der „Normalzustand“ der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa? Ein kurzer historischer Rückblick auf die letzten 250 Jahre seit der Unabhängigkeitserklärung der USA suggeriert, dass die letzten 70 Jahre eher die Ausnahme waren. In ihrem Unabhängigkeits- oder „Revolutionskrieg“ gegen Großbritannien von 1775 bis 1783 gegründet, haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika lange als Gegenbild zum dekadenten, hierarchischen und von adligen Dynastien dominierten Europa definiert. Auch das folgende Jahrhundert war von Antagonismus zwischen den USA und Europa geprägt: Es begann mit einem weiteren Krieg gegen Großbritannien und endete mit einem Krieg gegen Spanien. Ansonsten war das Jahrhundert auf amerikanischer Seite geprägt von Isolationismus. Mit der Monroe-Doktrin konzentrierte sich Washing-

¹ UK Ministry of Defence 2025, 9, 26.

*Kontakt: Prof. Dr. Beatrice Heuser, Centre for Security, Diplomacy and Strategy (CSDS), Brussels School of Governance, Vrije Universiteit Brussel, E-Mail: beatrice.heuser@vub.be

ton auf die eigene Ausdehnung in seiner Hemisphäre und hielt sich gleichzeitig aus den Streitigkeiten der Europäer heraus, während die Europäer Amerika *de facto* in Ruhe ließen.

Das Muster der Beziehungen zwischen Staaten und Völkern im 19. Jahrhundert ist wichtig, da Xi Jinping, Vladimir Putin und Trump ein solches heute gerne wiederherstellen würden. In dieser Zeit beherrschten eine Handvoll Großmächte umfangreiche Einflussphären und man gestand jedem souveränen Staat das Recht zu, einen Krieg zu beginnen, um seine „nationalen“ Interessen zu verfolgen.² Damals waren die USA eine solche Großmacht in ihrer Hemisphäre, Russland war es am Rande Europas, nur China war es nicht und erlebte eine Quasi-Kolonisierung durch europäische Mächte. Mit Waffengewalt wurde China Handel aufgezwungen, bis hin zum Opiumkonsum. Allerdings war auch China seinerseits in Asien in früheren Jahrhunderten eine Hegemonialmacht gewesen, was seinem Regime nun als „Goldenes Zeitalter“ erscheint.

Dieser Wettbewerb der Großmächte um Einflussphären und Kolonialreiche endete in der Katastrophe des Ersten Weltkriegs. Vom Deutschen Reich in seiner Seefahrt angegriffen, wurden die USA unfreiwillig in den Ersten Weltkrieg hineingezogen. Damit fanden sie sich auf derselben Seite wie Großbritannien und Frankreich; dies war durchaus nicht geplant. Nach dem Krieg zogen sich die USA wieder in den Isolationismus zurück. Das Experiment des Friedensstiftens, das mit dem Völkerbund zur Schaffung der ersten auf einer internationalen Institution gegründeten Weltordnung führte, hatte wenig Erfolg. Die USA traten dem Völkerbund nicht bei. Es schien bestätigt: Der Normalzustand für die USA war die Abkehr von der „Alten Welt“ Europas.

Dennoch, die Katastrophe des Ersten Weltkriegs mit seinen gut 20 Millionen Toten und ebenso vielen Verwundeten führte zum Versuch einer Reform der zwischenstaatlichen Beziehungen. Ziel war es, die Rechte der Großmächte und anderer souveräner Staaten zu beschränken: Der Völkerbund sollte zur Schlichtung von Streitigkeiten beitragen und Krieg möglichst durch Mediation ersetzen. Sowohl der Völkerbund als auch der Briand-Kellogg Pakt trugen bei zur Ächtung des Krieges als frei anwendbares Machtinstrument des souveränen Staates bei. Dies war eine revolutionäre Neuerung. *Theoretisch* verzichteten alle Staaten, die dem Briand-Kellogg Pakt beigetreten waren, auf den Krieg als Instrument der Politik. *Praktisch* kümmerten sich Japan, Italien und Deutschland in den 1930er Jahren jedoch nicht um diese Regeln. Sie verfolgten weiterhin

brutal und auch mit dem Mittel des Krieges ihre engeren nationalen Interessen und nutzten die Selbstbeschränkungen der Ersteren aus. Sie stießen mit ihren Expansionskriegen bis 1939 bzw. 1941 auf wenig Widerstand seitens Großbritanniens und Frankreichs. Aufgrund ihrer eigenen kolonialen Rivalität waren die beiden Staaten zu schwach, um den Regelbrechern Widerstand zu leisten. Die USA als größte militärische und wirtschaftliche Macht unter den westlichen Demokratien unterstützten die neue Weltordnung nicht, bis sie erneut angegriffen wurden – von Japan und Deutschland. So endete auch diese Phase der internationalen Beziehungen in einer weiteren Katastrophe, dem Zweiten Weltkrieg.

Kaum war dieser zu Ende, kristallisierte sich für die USA eine neue fundamentale ideologische Rivalität heraus. Während Präsident Franklin Roosevelt und seine Berater dem sowjetischen Führer Josef Stalin im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner Deutschland noch Vertrauen entgegengebracht hatten, verwiesen sie dessen Nachfolger Harry Truman früh auf die ideologischen Differenzen mit Moskau. Mit der Sowjetunion würde Amerika nun um die Zukunft Europas ringen – ein Konflikt, der den Kern des Kalten Krieges bildete. Erneut sollte eine internationale Organisation das Fundament einer neuen Weltordnung tragen: die Vereinten Nationen (UN). Auch sie gründeten auf dem Verzicht, Krieg als Mittel der Politik einzusetzen. Doch dieser Grundsatz wurde von den Mitgliedstaaten nur eingeschränkt respektiert. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (P5) – erneut Großbritannien und Frankreich, dazu wie schon in der Endphase der vorherigen Ordnung die Sowjetunion, diesmal jedoch auch die USA sowie China, zunächst in Gestalt der Republik China (Taiwan), später vertreten durch die Volksrepublik – verfügten über das Vetorecht und damit über die Möglichkeit, jede Entscheidung zu blockieren, die ihren Interessen widersprach. Dies hat zur Folge, dass der Sicherheitsrat untätig bleibt, wenn einer der P5-Staaten selbst gegen die Grundregel des Verzichts auf Angriffskriege verstößt. Die Schuldigen haben in der Regel versucht, ihren Angriff zu rechtfertigen. Letztendlich können die folgenden militärischen Interventionen in anderen Staaten jedoch ziemlich objektiv als Verstoß gegen das Gewaltverbot gegenüber einem anderen Staat betrachtet werden. Beispiele hierfür sind das Vorgehen der UdSSR/Russlands in Ungarn 1956, der Tschechoslowakei 1968, Afghanistan 1979, Georgien 2008 und der Ukraine seit 2014; das der USA in Vietnam, Kambodscha, Grenada 1983, Libyen 1986 und gemeinsam mit europäischen Bündnispartnern im Kosovo 1999 und im Irak 2003; das von Großbritannien und Frankreich bei der Suez-Intervention 1956; sowie Übergriffe Chinas im Südchinesischen Meer seit den

² Heuser 2018.



Der Vertreter der Sowjetunion im UN-Sicherheitsrat, Jacob A. Malik, erhebt die Hand, um sein Veto gegen die Annahme des Resolutionsentwurfs S/1894 einzulegen, der den Rückzug der chinesischen Kommunisten aus Korea fordert, 30. November 1950

1990er Jahren. Somit haben alle fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats das Gewaltverbot irgendwann gebrochen.

Im Verlauf dieser Zeit sind Frankreich und Großbritannien allerdings relativ besser darin geworden, das Gewaltverbot einzuhalten. Einige Theoretiker der Internationalen Beziehungen führen dies auf ihre abnehmende Stärke zurück: Schwächere Staaten ziehen mehr Nutzen aus der Einhaltung von Regeln.³ Wir sahen in dieser Phase auch eine Spaltung der fünf Großmächte: Oft bezogen die USA, Großbritannien und Frankreich gemeinsame Positionen gegen die Sowjetunion und China. Weiter gelang es Großbritannien und Frankreich, diesmal die USA nicht nur zur konstituierenden Mitgliedschaft in der UN zu gewinnen, sondern auch noch zusätzlich zur Mitgliedschaft in einem Verteidigungsbündnis, dem Nordatlantikvertrag von 1949 mit seiner Organisation NATO. Diesem Bündnis traten auch periodisch weitere Partner bei, bis heute steht die Zahl der Mitglieder bei 32. Ein Gründungspartner in Nordamerika ist Kanada. Das Land ist konstitutionell und demografisch weiterhin eng mit dem Vereinigten Königreich verbunden und hat zu keinem Zeitpunkt Anstalten gemacht, sich von

dem NATO-Engagement für die Verteidigung Europas zurückzuziehen.

Es war und ist durchaus ein Problem, dass die USA im Extremfall eine Vision der staatlichen Souveränität aus dem 19. Jahrhundert über die Verhaltensregeln des heutigen Völkerrechts stellten. Dennoch war das Gewicht Amerikas in den vielen Fällen entscheidend, in denen die westlichen Demokratien zusammenhielten, um die regelbasierte internationale Ordnung aufrechtzuerhalten.

3 Von der Ausnahme zur Unsicherheit

Der Kalte Krieg war also historisch gesehen eine Ausnahmeperiode, in der sich die USA zur Verteidigung Europas verpflichteten. Den Europäern war dies bewusst, weshalb sie seit 1945 immer wieder die Befürchtung hegten, die USA könnten in ihre traditionelle Isolation zurückkehren oder zumindest ihre Streitkräfte aus Europa abziehen. Manchem gab es zu denken – und sollte es auch heute noch tun –, dass der Nordatlantikvertrag keineswegs eine Kernwaffen-(Einsatz-)Garantie war: Im Gegensatz zu dem ein Jahr zuvor abgeschlossenen, rein europäischen Brüsseler Ver-

³ Stephen 2014.

teidigungsvertrag⁴ steht im Nordatlantikvertrag vom April 1949 nichts vom Versprechen, alle verfügbaren Mittel zur Verteidigung der Alliierten einzusetzen. Dort heißt es im berühmten Artikel 5 lediglich: „Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen [...] der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie [jede einzelne Partei!] für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“

Dies ist so zu verstehen: Die Maßnahmen *können* die Anwendung von Waffengewalt einschließen, *müssen* es aber nicht – den Gebrauch von Kernwaffen eingeschlossen. Die ergriffenen Maßnahmen können auch lediglich ein Protestbrief und ein paar Sanktionen umfassen.

Schon 1952 bezweifelten britische Militärplaner, dass die USA die europäische Verteidigung endlos subventionieren würden.⁵ Mitte der 1950er Jahre kam es zur sogenannten „Radford Krise“, als der amerikanische General dieses Namens einen großen Rückzug amerikanischer GIs aus Europa ankündigte. Ihr folgte 1957 der „Sputnik-Schock“, ausgelöst durch den Flug des ersten (sowjetischen) Erdsatelliten und die damit verbundene Entwicklung von Interkontinentalraketen durch die UdSSR. Dies löste den *Grand Débat* darüber aus, ob die USA in Zukunft einen nuklearen Gegenangriff auf New York oder Chicago riskieren würden, um Westeuropa mit Kernwaffen zu verteidigen.⁶

Frankreich entschied sich entsprechend dazu, eigene Kernwaffen zu entwickeln. Großbritannien verfügte bereits über ein eigenes Arsenal, während sich die übrigen NATO-Mitglieder weiterhin auf den nuklearen Schutz der USA verließen. Zuvor hatten sie allerdings verschiedene Alternativen geprüft – etwa die Schaffung einer multilateralen Nuklearstreitmacht oder den Aufbau eines ausschließlich europäischen Arsensals auf Basis der französischen Bombe –, jedoch ohne befriedigendes Ergebnis.⁷ Inzwischen füllten

sich Bibliotheksregale mit spekulativer Literatur darüber, ob es überhaupt (noch) eine amerikanische Garantie gebe und wie man diese glaubhaft machen könnte – insbesondere im Hinblick auf die potenzielle Vernichtung amerikanischer Städte im Gegenzug zum Einsatz amerikanischer Kernwaffen gegen den Warschauer Pakt. Auch die Frage, ob es Tricks und Kniffe gäbe, dies zu erreichen; etwa durch Betonung der potenziellen Irrationalität eines amerikanischen Präsidenten, wurde diskutiert.⁸ Populär wurde diese Debatte durch Filme wie Stanley Kubricks Satire *„Dr. Strangelove“* (1964) und Sidney Lumets sehr viel ernsthafteren Film *„Fail-safe“* (ebenfalls 1964). Trotz gefährlicher gegenseitiger Missverständnisse, die die Ost-West-Beziehungen insbesondere Anfang der 1980er Jahre noch einmal destabilisieren sollten, ging diese Phase der internationalen Beziehungen dann in beidseitige Zurückhaltung über. Beiden Seiten wurde klar, dass keine von ihnen die Welt dominanz durch einen Dritten Weltkrieg anzustreben gedachte.

4 Neue Machtverhältnisse nach 1990

Der Kalte Krieg ging in der Zeit von 1989 bis 1991 zu Ende, als die Gewaltherrschaft der UdSSR über die osteuropäischen Länder zu Staub und Asche wurde – und schließlich sowohl der gemeinsame (Warschauer) Verteidigungspakt als auch die Sowjetunion selbst zerfielen. Dies läutete ein neues Muster der zwischenstaatlichen Beziehungen ein. Insbesondere Russland und China sahen darin ein inakzeptables weltweites Machtmonopol der USA, das von westlichen Politologen als „unipolares Moment“ bezeichnet wurde.⁹ Die NATO bestand zwar weiter, aber das Verschwinden des einstigen ideologischen Rivalen UdSSR mit seinem Herrschaftssystem in Osteuropa stellte erneut, und diesmal mit größerer Logik, die Frage, wie die Zukunft der Beziehungen zwischen den USA und Europa aussehen würde.

Diese weltweite Vormachtstellung der USA begann Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts systematisch Russland und China, den beiden Rivalen, untergraben zu werden. Dabei streben beide Länder faktisch eine Rückkehr zu dem oben beschriebenen Muster der zwischenstaatlichen Beziehungen des 19. Jahrhunderts an, als die Großmächte der Welt ihren kleineren Nach-

⁴ Heute im Vertrag von Lissabon verankert, lautet Artikel 42 Absatz 7: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm *alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung*, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen.“ Art. 42 Abs. 7 EUV, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12008M042> (Betonung der Autorin).

⁵ Macmillan/Baylis 1993, 22 § 16.

⁶ Aron 1963.

⁷ Heuser 1997.

⁸ Der Grand Débat fand vorwiegend auf Französisch und Englisch statt, wobei die englischsprachigen Beiträge überwiegend aus den USA stammten. Es gab jedoch auch einige deutsche Beiträge, insbesondere Mahncke 1972.

⁹ Krauthammer 1990.



Elon Musk und Argentinien's Präsident Javier Milei auf der *Conservative Political Action Conference (CPAC)*, 20. Februar 2025

barn vorschreiben konnten, was sie zu tun und zu lassen hatten. Der Krieg zwischen Russland und Georgien 2008 markierte hier einen Umschwung, die Ankündigung der Zeitenwende – eine Entwicklung, die viele zunächst nicht wahrhaben wollten. Spätestens mit Russlands Intervention in der Ukraine ab 2014 wurde diese Entwicklung offensichtlich, doch bis Februar 2022 herrschte im Westen noch eine psychologische Verdrängung.

Seitdem ähneln die Muster der zwischenstaatlichen Beziehungen in vieler Hinsicht der Zeit zwischen den Weltkriegen. Wie damals Großbritannien, Frankreich und einige andere Länder – darunter Belgien, die Niederlande, die Skandinavien und Kanada –, sind es heute vorwiegend die EU-Mitgliedstaaten plus Großbritannien und Kanada, die die auf der UN-Charta basierende internationale Ordnung aufrechterhalten wollen. Wie in den 1930er Jahren gibt es dagegen die anderen, die mit Gewalt ihre Herrschaft ausdehnen wollen. Russland hat dies in Georgien und in der Ukraine bewiesen, China im Südchinesischen Meer, wo es Ansprüche auf Inseln und Archipele erhebt. Dass Trump in diesem Kontext lautstark verkündet, er hätte gerne den Panamakanal, das zu Dänemark gehörende Grönland oder gar ganz Kanada den USA einverleibt, schiebt die USA auf die

Seite der Revisionisten der Weltordnung. In der Zwischenkriegszeit waren die USA isolationistisch; heute reihen sie sich auf Seiten der Revisionisten ein.

Sicherheitspolitik kann heute nicht mehr ohne die Dimension der Geoökonomie und ohne den Niedergang der demokratischen Staaten betrachtet werden. Wirtschaftswaffen waren spätestens seit der Erfindung der Seeblockade Machtinstrumente, heute als „Werkzeuge der Grand Strategy“ definiert. Auch hier muss ein historischer Rückblick das Verständnis der Veränderungen in der Welt erhellen. Anfang des 19. Jahrhunderts haben Wirtschaftsinteressen, wie die der East India Company, Staaten in militärische Verpflichtungen hineingedrängt. So bemächtigte sich das Britische Empire Schritt für Schritt Indiens – auf Drängen der Handelsgesellschaft. In den Weltkriegen gingen dann die Interessen größer, jeweils in einem Land ansässiger Rüstungskonzerne Hand in Hand mit denen ihrer kriegsführenden Heimatstaaten. Dies war die Hochzeit des Staates als Machtinstrument.

Heute sind die Interessen internationaler Konzerne im Westen so weit von denen der Regierungen der Länder entfernt, in denen Teile ihrer Industrie beheimatet sind, dass sich ihre Politik weitgehend emanzipiert hat: Einem

Elon Musk ist nicht an der Einhaltung internationaler Verhaltensregeln gelegen, sondern an guten Geschäften – auch mit Russland oder China. Dagegen beherrschen China und Russland allerdings ihre Industrien und können sie ihrer Machtpolitik vollends unterwerfen, auch wenn ein großer Anteil des Gewinns in die Taschen einer kleinen Gruppe von Oligarchen fließt. Diese aber sind wiederum der direkten Macht der jeweiligen Regierungen unterstellt.¹⁰

Wohl keine Großmacht der Vergangenheit hat es je vermocht, andere Staaten so von ihrer Ausfuhr essenzieller Rohmaterialien abhängig zu machen, wie Russland es mit der Ausfuhr von Erdöl, Gas, LNG und insbesondere Getreide tut. Wie der im April 2025 veröffentlichte Report des *Centre for Research on Energy and Clean Air* (CREA) aufzeigt, war die EU auch im Frühjahr 2025 mit 37 % der mit Abstand größte Abnehmer von russischem Röhrengas und hat über 50 % (!) der russischen LNG-Exporte angekauft. Seit Februar 2022 hat Russland durch den Export dieser fossilen Brennstoffe mehr als 883 Milliarden Euro eingenommen und damit das Dreifache der 290 Milliarden US-Dollar an europäischen Hilfgeldern erzielt, die an die Ukraine gingen. Trotz der von den Verbündeten der Ukraine verhängten Beschränkungen sind Russlands Einnahmen aus fossilen Brennstoffen im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 nur um 5 % zurückgegangen. Noch größere Gewinne streicht Russland durch seine Schattenflotte ein, die Rohöl durch europäische Gewässer transportiert, wobei auch Schiffe aus G7 – Staaten¹¹ an diesen Transporten beteiligt sind.¹² Auch hier zeigt sich: Großunternehmen scheuen sich keinen Deut um staatlich-rechtliche Sorgen um die Weltordnung. Der Einfluss Russlands auf die Positionierung von Entwicklungsländern bei den Abstimmungen über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine in der UN-Vollversammlung 2022 ließ sich an den Getreideexporten in diese Länder ablesen.¹³ Wir haben nie aufgehört, in einer Welt zu leben, in der eine Handvoll *Großmächte* eben *größere* Macht besitzen als andere. Gleichzeitig leben wir in einer Welt, in der sie sich auch nicht-militärischer Instrumente auf neue Weisen bedienen. Zudem verschieben sich die

Machtverhältnisse, wobei die westlichen Demokratien insgesamt an Einfluss in der Welt verloren haben. Dem *V-Dem Institute* der Universität Göteborg zufolge leben heute 72 % der Weltbevölkerung in nicht-demokratischen Staaten,¹⁴ wobei die meisten von ihnen anscheinend kein großes Bedürfnis verspüren, diesen Umstand zu ändern. Vorbei ist es mit unserem optimistischen Glauben, unsere Werte hätten mit dem Ende des Kalten Krieges einen weltweiten Triumph gefeiert und wir seien am Ende der Geschichte angelangt.

5 Der Faktor Trump und die transatlantische Zerreißprobe

Wir konstatieren also: Machtverhältnisse verschieben sich, und international aufgestellte Unternehmen entgleiten der Kontrolle westlich-demokratischer Regierungen, während sie Autokratien stärken. Russland, China und auch Trumps USA streben *de facto* danach, neue Verhaltensmuster in den internationalen Beziehungen einzuführen, die an das 19. Jahrhundert erinnern – eine Zeit, in der die Großmächte jeweils ihre Einflusszonen definierten und kleineren Staaten in ihrer Nachbarschaft vorschreiben konnten, was sie zu tun und zu lassen hatten. China strebt neben der Kontrolle über das Südchinesische Meer auch globalen Einfluss an – über Häfen, Transportwege und Investitionen –, um sich die Dominanz im Welthandel zu sichern und damit den Wohlstand seines Volkes zu fördern. Russland will sein Imperium aus Zarenzeiten wiedererlangen – einschließlich der Vorherrschaft über Zentralasien – und träumt von den Zeiten, in denen in Europa keine Kanone ohne russische Zustimmung abgefeuert werden konnte.¹⁵ Das Land strebt also eine politische und militärische Dominanz des europäischen Kontinents an. Trump wiederum träumt nicht nur von der Annexion Kanadas und Grönlands. Er und seine Minister haben bereits während seiner ersten Amtszeit den Europäern diktieren wollen, wie viel sie für ihre Verteidigung ausgeben sollen (das ist noch verständlich). Trump machte dann aber, noch bevor er ins Weiße Haus zurückkehrte, jeden Glauben an die Verlässlichkeit einer auf Europa ausgedehnten Abschreckung zunichte, als er am 7. Januar 2025 erklärte, dass die USA Europa im Falle eines Angriffs nicht verteidigen würden, solange die Europäer nicht 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ihre Verteidigung zahlen würden. Ähnliche Bemer-

¹⁰ Strange 1996. Dagegen zeigt die Arte-Reportage „*Putins Oligarchen*“, dass dieser Niedergang des Staats nur liberale Demokratien betrifft. Siehe hierzu Frank Lassak: Der Rubel rollt weiter, *Arte Magazin*, Februar 2025, <https://www.arte-magazin.de/oligarchen>.

¹¹ Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, das Vereinigte Königreich und die USA.

¹² Vaibhav Raghunandan/Petras Katinas (2025): April 2025 – Monthly analysis of Russian fossil fuel exports and sanctions, Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA), 14.05.2025, <https://energyandcleanair.org/april-2025-monthly-analysis-of-russian-fossil-fuel-exports-and-sanctions>.

¹³ Götz/Kaas/Knudsen 2023.

¹⁴ Nord/Altman/Angiolillo/Fernandes/Good God/Lindberg 2025.

¹⁵ Dies wurde über Europa zu Zeiten Katharinas der Großen gesagt, und Lavrov spielt gelegentlich darauf an.



Wladimir Putin und Donald Trump beim Handschlag nach einer gemeinsamen Pressekonferenz während des amerikanisch-russischen Gipfeltreffens in Alaska, 15. August 2025

kungen folgten seitdem immer wieder.¹⁶ Am 12. Februar 2025 dann telefonierte er dann mit Wladimir Putin bezüglich des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. In bester Großmachtmanier ignorierte Trump in diesem Zweiergespräch die Perspektive der betroffenen Ukrainer vollständig und schluckte stattdessen die russische Darstellung, die die Ukraine für den Krieg verantwortlich macht und nahelegt, dass sie Gebietsabtretungen sowie Neutralität – und damit faktisch die Zugehörigkeit zur russischen Einflussphäre – akzeptieren solle. Trump machte sich während des darauffolgenden Besuchs von Selenskyj in Washington gar zum Sprachrohr Putins gegen die angegriffene Ukraine. Er behandelt Russland, den Angreifer, weiterhin so, als habe es die wichtigste Regel der auf dem Völkerrecht gegründeten internationalen Ordnung, das Gewaltverbot, nicht verletzt, sondern sei ein legitimer Akteur.

Kurz danach, am Valentinstag, hielt sein Vizepräsident J. D. Vance eine Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er sich für die rechtsextreme deutsche Partei AfD aussprach. Am 2. Mai 2025 empfing Trump Karol Naw-

rocki, den polnischen Präsidentschaftskandidaten der nationalistischen Rechten, im Weißen Haus.¹⁷ Nawrockis Wahlsieg genau einen Monat später mag zu einem gewissen Teil seinem Versprechen besonders guter Beziehungen zu Amerika zu verdanken sein. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs des nationalistischen Populismus im gesamten Westen erweckt dies den Eindruck, dass wir uns nun in einer Neuauflage der 1930er Jahre befinden. In dieser neuen Version sehen wir jedoch eine ideologisch-politische Annäherung zwischen den USA, Russland und den rechtsextremen Parteien in ganz Europa, die legal an die Macht gekommen sind oder noch kommen könnten, so wie es die NSDAP 1933 tat. Paradoxerweise stehen Russland und China dabei Seite an Seite, während die USA mit China und fast der ganzen Welt außer Russland einen Handelskrieg führen. Dieser könnte durch einen chinesischen Angriff auf Taiwan auch in eine militärische Konfrontation umkippen. Ein Angriff Chinas auf Taiwan könnte diese Spannungen in eine militärische Konfrontation eskalieren lassen. Für die USA wäre ein solcher Angriff jedoch nur ein Vorwand, um sich einzumischen und den Konflikt auszuweiten, da sie sich offenbar nicht mehr grundsätzlich zur Verteidigung

¹⁶ What Trump said about Canada, Mexico, NATO and Gaza hostages at news conference, *Reuters*, 07.01.2025, <https://www.reuters.com/world/us/what-trump-said-about-canada-mexico-nato-gaza-hostages-news-conference-2025-01-07/>.

¹⁷ The White House: Beitrag auf X (vormals *Twitter*), 02.05.2025, 02:13 Uhr, https://x.com/evacool_/status/1833940807042101345.

der Unverletzlichkeit souveräner Staaten verpflichten (siehe Ukraine) und Taiwan selbst nicht als souveränen Staat anerkennen. Auch hat Russland die besten Beziehungen zu Nordkorea, von dem sich die amerikanischen Bündnispartner Südkorea und Japan unmittelbar bedroht fühlen. Zudem erfreut es sich weiterhin guter Beziehungen zum Iran, dem wichtigsten staatlichen Gegner Israels – das wiederum eines der engsten Verbündeten der USA ist.

Weiterhin hat Trump befunden, dass die EU nicht nur ein wirtschaftlicher Konkurrent, sondern auch ein Gegner der USA ist.¹⁸ Dies stellt eine 180-Grad-Wende gegenüber der Haltung des *European Recovery Program* (ERP) nach dem Zweiten Weltkrieg dar, auf dessen Philosophie die amerikanische Unterstützung für den Schuman-Plan und die europäische Integration basierte: Ein geeintes, kooperierendes Europa würde weniger ideologische Angriffsfläche für kommunistische Propaganda bieten, und ein prosperierendes Europa wäre für Amerika ein stärkerer Partner als ein wirtschaftlich erschöpftes.¹⁹ Stattdessen behauptet Trump fälschlicherweise, die europäische Integration sei von Anfang an gegen die USA gerichtet gewesen. Am 2. April 2025, von ihm als „Befreiungstag“ bezeichnet, erklärte er daher seine Zollabschottung nicht nur gegenüber China, sondern auch gegenüber der EU.

Was bedeuten diese neuen Positionierungen der Großmächte für Europa? Die EU ist heute die einzige Staatengruppe, die explizit und systematisch für die Einhaltung des Völkerrechts eintritt. Hinzu kommen Großbritannien – wenn man von seinem Vorgehen im Irak im Jahr 2003 absieht –, sowie Norwegen, Kanada und einige Staaten im und um den Pazifik. Die USA sind gewissermaßen auf die dunkle Seite gewechselt, und ihr Engagement für die Verteidigung Europas ist ernsthaft erschüttert. Zwar steht die NATO noch immer unter US-Dominanz, ist personell und infrastrukturell stark ausgestattet und wird von den USA unterhalten, doch könnte es eine Weile dauern, bis der große Supertanker seine langsame Kehrtwendung abgeschlossen hat. Aber die Geschwindigkeit, mit der Trump Militärs, Diplomaten und andere Staatsbeamte in den USA entlassen hat, deutet darauf hin, dass sich auch das schnell ändern könnte. Man kann Constanze Stelzenmüller nur zustimmen, die kürzlich in einem Festvortrag in Tallinn gesagt hat: „President Trump’s ‘America First’ project is an intentional and strategic revision of the orders which have shaped much of

our existence as individuals and nations in our lifetime: the global security and economic orders, our joint commitment to democracy and rule of law.“²⁰

Die britische Regierung mag in der öffentlichen Diplomatie geschickt vorgehen, indem sie versucht, die besondere Beziehung zwischen Großbritannien und den USA („wie keine andere“) so weit wie möglich zu retten.²¹ Aber sie versucht tapfer zu glauben, dass Trumps ideologische Neupositionierung der USA und die damit beginnende Loslösung von Europa nur eine Manie Trumps ist. Sprich, dass eine künftige demokratische Regierung zu einem Engagement gegenüber Europa in der Art der 1980er Jahre zurückkehren würde. Das ist jedoch ein Irrglaube, denn die Reduzierung des amerikanischen Engagements in der Verteidigung Europas war seit der Implosion der UdSSR und dem Zerfall des Warschauer Pakts 1991 vorauszusehen.

Die demokratischen Regierungen, spätestens seit Obama, haben die gleiche Tendenz zur Neuausrichtung auf den Pazifik gezeigt. Es gibt eine Logik hinter dem reduzierten Engagement der USA in Europa, sofern die Ereignisse in Europa die Interessen der USA nicht direkt infrage stellen. Eine Priorisierung Chinas in der Gefahrenanalyse führt zwingend zur Priorisierung der Ausrichtung der amerikanischen Verteidigung auf den Pazifikraum. Die grundsätzliche Verpflichtung der USA gegenüber Japan und Südkorea ist entsprechend nicht in gleicher Weise bedroht wie die gegenüber Europa – auch wenn daran erinnert werden muss, dass Trump in seiner ersten Amtszeit dieselbe Regel auf Südkorea anwenden wollte, die er seit Januar 2025 auf Europa anwendet: Entzug der US-Militärunterstützung, wenn die Südkoreaner nicht vollständig für die Finanzierung des US-Raketenabwehrsystems auf ihrem Boden aufkommen würden.²²

Japan, Südkorea und Australien sind gute potenzielle Verbündete für die Europäer, aber sie sind sehr weit vom europäischen Schauplatz entfernt. Außerdem hat die Art und Weise, wie das Vereinigte Königreich Frankreich beim Abschluss des AUKUS-Abkommens mit Australien ohne Vorwarnung übergangen hat, in Paris für großen Unmut gesorgt. Frankreich ist ein Schlüsselmitglied der EU und potenzieller nuklearer Garant. Der Ausdruck „perfides Albion“ schwebte über den Korridoren der Pariser Regierung.

Schon während des gesamten Kalten Kriegs wäre es für die Europäer nur logisch gewesen, ihre eigene Verteidigung auf Basis des Brüsseler Vertrags von 1948 zu stärken,

18 „The European Union was formed to screw the United States – that’s the purpose of it and they’ve done a good job of it[.]“ Michelle Fleury & Natalie Sherman: Trump says 25 % tariffs on EU will be announced soon, BBC, 27.02.2025, <https://www.bbc.com/news/articles/c05ml3q2gn7o>.

19 Pogue 2020; Winand 1993.

20 Constanze Stelzenmüller (2025): *Shall We Go Forward Together? Of Deals and Red Lines*, Lennart Meri Lecture vom 17.05.2025, gehalten im Rahmen der Lennart Meri Conference in Tallinn, <https://lmc.icds.ee/shall-we-go-forward-together-of-deals-and-red-lines>.

21 UK Ministry of Defence 2025, 82.

22 Woodward 2018, xvii–xxiii.

um sich für den Fall eines verminderten amerikanischen Engagements in Europa abzusichern. Beim Aufbau seiner rein nationalen Rückversicherung im Alleingang – seiner eigenen Atom-, Raketen-, Flugzeug- und anderen Rüstungsindustrie – ist Frankreich dabei, trotz enormer Kosten, systematisch vorgegangen: Lange Zeit verfügte es wie die USA über eine Triade redundanter Kernwaffen-Transportsysteme, von denen ihm heute noch zwei bleiben. Diese hat Frankreich völlig unabhängig von den USA und von einem amerikanischen Veto entwickelt. Es sind Langstreckenraketen, die von U-Booten mit Atomtrieb abgefeuert werden, und Kurzstreckenraketen, die von Rafale-Flugzeugen abgeschossen werden. Frankreich hat damit Europa eine Raketenindustrie und die dazugehörigen Kompetenzen erhalten, die Großbritannien inzwischen aufgegeben hat. Großbritannien verfügt lediglich über *amerikanische* Trident-Langstreckenraketen, die von britischen Atom-U-Booten abgefeuert werden können und britische Nuklearsprengköpfe tragen. Pläne, *amerikanische* F-35A und F-35B Flugzeuge zu beschaffen, die mit *amerikanischen* freifallenden Atombomben bestückt werden könnten (wie es für die belgischen, niederländischen, italienischen und deutschen F35 vorgesehen ist), *wenn der US-Präsident es erlaubte*, stellen kaum eine autonome Alternative dar. Und die britische Raketen- und Kernsprengsatz-Industrie ist inzwischen so weit verkümmert, dass Großbritannien im Alleingang wohl keine Raketen und neue Atomsprengköpfe entwickeln könnte – es sei denn, es würde exorbitante Neuausgaben tätigen. Dies würde die geplante Steigerung seiner Verteidigungsausgaben von 2,5 % des Bruttoinlandsproduktes bis 2027 und auf 3 % in der folgenden Legislaturperiode weitaus übersteigen.²³

Die anderen europäischen Staaten haben es bei der einen Versicherungspolice, dem Bündnis mit den USA, oder bei Neutralität bzw. Bündnisfreiheit belassen.²⁴ Sie haben also keine Rückversicherung im Falle einer Abkehr der USA. Es besteht lediglich die 1974 von allen NATO-Staaten gemeinsam formulierte Doktrin, dass mehrere „Zentren der Entscheidungsfindung“, d. h. die Regierungen in Washington, London und Paris, in Bezug auf einen möglichen Kernwaffeneinsatz gemeinsam die Abschreckung eines Angriffs auf die NATO stärken.²⁵ Nun hat Großbritannien

mit seinen U-Booten allein nicht mehr viel zu bieten in puncto glaubhafter nuklearer Abschreckungsschirm, den es seinen Bündnispartnern anbieten kann. Außerdem ist es nicht mehr in der EU und hat somit, wie die USA auch, nur eine Minimalverpflichtung gegenüber den Partnern nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, wie oben erklärt.

Frankreich hingegen hat sowohl mehr Mittel als auch eine größere Verpflichtung. Diese geht aus der von der EU übernommenen Brüsseler Vertragsverpflichtung hervor, die jetzt als Artikel 42 Absatz 7 des Lissabonner Vertrags so formuliert ist: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung [...]“. ²⁶ Zwar hat Frankreich unter gaullistischem Einfluss die Verpflichtungen des Brüsseler Vertrags wie auch seiner Lissabonner Version lange Zeit ignoriert. Doch unter Präsident Macron zeigt sich das Land entschlossener als seine Vorgänger in der Fünften Republik, seinen nuklearen Schutzschirm auch auf die europäischen Nachbarn zu erstrecken. Von Mitbestimmung im Ernstfall kann allerdings keine Rede sein – wie schon beim amerikanischen Schirm, wo bestenfalls eine Konsultation vorgesehen war, „time and circumstances permitting“, ohne je das Versprechen gegeben zu haben, abweichenden europäischen Wünschen zu folgen.²⁷ Es ist von europäischen Sicherheitsexperten immer wieder bemerkt worden, dass gerade die Fähigkeit Frankreichs und Großbritanniens zu einer schnellen, unilateralen Entscheidungsfindung die Glaubwürdigkeit der Abschreckung stärkt. Längere Konsultationen im Kreis der Alliierten – womöglich noch mit Vetorecht – würden diesen Effekt hingegen unterminieren.

Dass Frankreich im Gegenzug – wie schon seit den 1950er Jahren – für sein Kernwaffenprogramm gerne milde Gaben von seinen europäischen Nachbarn einsammeln würde, ist nur allzu begreiflich. Wie wir gesehen haben, sind selbst für einen einzelnen Staat der zweiten Größenordnung die Kosten derart hoch, dass Großbritannien sich vollständig aus dem Raketengeschäft und weitgehend aus Programmen für Atomwaffen zurückgezogen hat. Und wenn ein Nordkorea diese Kosten nicht scheut, dann geschieht dies auf Kosten seiner in extremer Armut lebenden Bevölkerung.

Leider sind mit dem Angebot von Präsident Macron, über dieses Thema europäische Verhandlungen aufzunehmen, nicht alle Probleme gelöst, die aus einer teilweisen oder vollständigen Abkehr der USA von Europa erwachsen würden. Politisch ist die EU in ihrem Inneren zutiefst fragmentiert. Die Erweiterung hat zu ihrer eigenen Korrosion

²³ UK Ministry of Defence 2025, 5.

²⁴ Im Fall Schwedens war diese nicht so ganz lupenrein: Geheimabkommen mit den USA bestanden bis in die 1970er Jahre und die Zusammenarbeit mit der NATO war bereits sehr eng, bevor sich Schweden 2023 zum NATO-Beitritt durchgerungen hat. Siehe Dalsjö 2006.

²⁵ NATO: *Declaration on Atlantic Relations issued by the North Atlantic Council („The Ottawa Declaration“)*, 19.06.1974, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_26901.htm.

²⁶ Art. 42 Abs. 7 EUV.

²⁷ Eine Formel, die auf den NATO-Gipfel in Athen 1962 zurückgeht.

geführt: Sowohl die EU als auch die NATO sind für ihre Entscheidungsprozesse viel zu groß geworden, da beide Organisationen in Verteidigungsfragen den Konsens benötigen. Weder die NATO- noch die EU-Verträge enthalten Klauseln, wie mit Mitgliedstaaten zu verfahren ist, die sich als Überläufer zur Gegenseite gerieren – ob nun als Trojanisches Pferd oder durch den Missbrauch ihres Vetorechts zur Blockade gemeinsamer Beschlüsse. Leider sind mit Ungarn und der Slowakei auch Länder in der EU und der NATO vertreten, in denen ein nationalistischer und rassistischer Populismus floriert. Rumänien ist mit seinen Präsidentschaftswahlen Ende Mai 2025 am Abgrund vorbeigekommen: Der pro-europäische Nicușor Dan gewann. Polen hingegen droht, nach der Wahl des nationalistischen Karol Nawrocki zum Präsidenten, erneut zum Spanner im Getriebe der EU zu werden. Fast alle EU-Mitgliedstaaten sind vom Erstarken eines nationalistischen Populismus bedroht. Die extreme Rechte könnte die französische Regierung jederzeit stürzen und durch neue Präsidentschaftswahlen die Präsidentschaft erlangen. In Deutschland ist die AfD die größte Oppositionspartei und das britische Zweiparteiensystem wurde mit den Wahlen am 1. Mai 2025 zerschlagen. Weiter gehören leider weder das Vereinigte Königreich noch Norwegen zur EU, auch wenn sich das Vereinigte Königreich gegenüber Russland und der Ukraine vorbildlich verhält und einen Wiederanschluss an die europäische Verteidigungskooperation sucht.

Während von den EU-Mitgliedern nur Österreich kein NATO-Mitglied ist, ist es dagegen leider die (autokratisch-nationalistische) Türkei, die weiterhin den Fortschritt der NATO-EU-Koordinierung blockiert. Damit bleibt Europa in einer Endlosschleife gefangen: Unfähig zu entscheiden, ob ein eigenständiger europäischer Pfeiler innerhalb der NATO aufgebaut werden soll, der im Ernstfall auch ohne amerikanische Hilfe trägt – oder ob die Verteidigungsstrukturen mit großem Aufwand innerhalb der EU dupliziert werden müssen. Seit Mitte der neunziger Jahre steht Europa hier wie Buridans Esel – und tritt trotz zahlloser Initiativen auf der Stelle.

Zudem lassen sich deutliche Differenzen in den sicherheitspolitischen Prioritäten innerhalb Europas ausmachen: Nordeuropa – von Großbritannien und Norwegen bis Finnland, den baltischen Staaten und Polen – richtet seine Aufmerksamkeit vorrangig auf die Bedrohung durch Russland. Der Süden hingegen fokussiert sich stärker auf Fragen der Migration, während Griechenland nach wie vor die Türkei als zentrale Herausforderung wahrnimmt. Gleichzeitig ist europaweit ein Aufschwung nationalistischer, teils religiös-nationalistischer Parteien zu beobachten.

6 Europas Optionen

Was also kann und sollte Europa, eventuell ohne große Unterstützung seitens der USA, also tun? Es dürfte außer Zweifel stehen, dass Europa, wie der belgische Politologe Sven Biscop in seiner Studie zur *Grand Strategy* der Großmächte anmahnt, nur als vereinter EU-Block in der Lage ist, den Großmächten Russland und China auf Augenhöhe zu begegnen. Zugleich kann es so mit den USA auf gleichwertiger Basis verhandeln, sei es als Verbündeter oder als Handelskonkurrent.²⁸

Weiter sehen wir zum einen das ewige Dilemma des Diplomaten: Wann akzeptiert man eine neue Konstellation und beginnt mit der Planung und Durchführung von Operationen unter Ausschluss eines Verbündeten, etwa Ungarns, der Slowakei, der Türkei oder – *horribile dictu* – ohne die Vereinigten Staaten, falls Trump mit seinem Gerede über die Annexion kanadischen oder dänischen Territoriums ernst machen sollte? Der Diplomat wird immer sagen, man müsse versuchen, das, was an guten Beziehungen noch vorhanden ist, zu retten, oder zumindest eine zukünftige Annäherung und eine Rückkehr zur Zusammenarbeit innerhalb der Allianz nicht unmöglich zu machen. Bis dahin müsste man allerdings mit eventuellen Vetos und Blockaden durch Bündnismitglieder leben. Das erschwert oder verhindert jedoch die Entwicklung neuer Positionen der EU bzw. der NATO in Anbetracht der neuen Bedrohungslage durch Russland.

Was könnten wir tun, um Nationalismus, Populismus, Autokratie und all jene Mächte zu bekämpfen, die zu einem vermeintlichen „Goldenen Zeitalter“ des Nationalismus und der Großmächte mit ihren Interessensphären zurückkehren wollen? Die Liste ist lang. Wir müssen weiterhin versuchen, unsere eigenen Werte in der ganzen Welt zu fördern, und dafür gibt es viele Möglichkeiten. Sie reichen von „weichen“ bis „harten“ Maßnahmen: von Entwicklungshilfe, Studienstipendien oder der Unterstützung demokratischer Institutionen durch Stiftungen der deutschen grundgesetzfreundlichen Parteien bis hin zur Entsendung von Streitkräften, etwa in die Ukraine, wie Frankreich und Großbritannien²⁹ es planen, wenn einmal eine Waffenruhe eingetreten ist. Alle Instrumente eines solchen Ideologiekampfes bedürfen aber der Fördergelder, und Geld haben unsere hochverschuldeten Staaten nicht mehr genug. Es gab nicht nur die Schocks der Finanzkrise von 2008 und der COVID-19-Pandemie, sondern auch den systematischen Niedergang des liberalen Staates: Das Wirtschaftswachstum

²⁸ Biscop 2021.

²⁹ UK Ministry of Defence 2025, 13.



Donald Trump trifft nach einem Telefonat mit Wladimir Putin im Oval Office mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, NATO-Generalsekretär Mark Rutte, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie weiteren europäischen Staats- und Regierungschefs zusammen, 18. August 2025

hat sich verlangsamt, während die Ausgaben der Wohlfahrtsstaaten steigen – nicht nur wegen höherer Kosten im Gesundheitswesen und des wachsenden Anteils pflegebedürftiger Älterer, sondern auch durch Investitionen in Umwelt und Verteidigung. Es ist sehr symptomatisch, dass so viele Staaten ihre Entwicklungshilfe kürzen, egal ob es sich um die Labour-Regierung in Großbritannien, um Trump oder die neue Bundesregierung unter Merz handelt. Und dennoch, wie immer wieder vorgerechnet wird, ist all diese Hilfe so viel billiger als Rüstung.

Was Bündnisse angeht, gibt es zwei Denkschulen: die der „Idealisten“, die noch versuchen wollen, die regelbasierte Weltordnung zu retten, und die der „Pessimisten“, die die Hoffnung darauf bereits aufgegeben haben und sich auf eine Rückkehr in ein früheres anarchischeres Zeitalter für unvermeidlich halten. Die idealistische Schule empfiehlt zu Recht, dass sich die demokratischen Staaten, die das Völkerrecht hochhalten, in einer Welt, in der sie in der Minderheit sind und deren Bevölkerungen weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, unbedingt zusammenschließen müssen. Sie treten daher für eine inten-

sivere Zusammenarbeit zwischen den NATO-Mitgliedern und anderen gleichgesinnten Staaten ein, gegebenenfalls auch mit solchen, die zwar das Völkerrecht hochhalten, aber durchaus keine Demokratien sind.³⁰ Dieser Gedanke schwang in der letzten amerikanischen Sicherheitsstrategie unter US-Präsident Joe Biden mit und findet sich in der deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie von 2023 unter dem Ausdruck „Interessen-Partner“.

Die Pessimisten hingegen sind der Meinung, dass die NATO und die EU überdehnt sind und bereits den Keim ihrer eigenen Lähmung in sich tragen: Die Prioritäten – ja sogar die Bedrohungswahrnehmungen der Mitgliedstaaten – klaffen auseinander.³¹ Einige Staaten sind, wie wir festgestellt haben, bereits auf die dunkle Seite gewechselt, sei es vorübergehend oder dauerhaft. Die Pessimisten haben daher wenig Hoffnung, dass sich große Koalitionen bilden, die weit über die NATO- und EU-Mitglieder hinaus-

³⁰ Siehe z. B. Simón/Fiott/Mattelaer/Masuda/Boswinkel/Lanoszka/Meijer 2025.

³¹ Siehe hierzu Simón/Boswinkel 2025.

gehen. In Anpassung an die neuen Realitäten der Welt(un)ordnung sind sie vielmehr der Ansicht, dass Koalitionen von Freiwilligen das einzig realistische Format für gemeinsame Aktionen darstellen. Darüber hinaus betonen sie die Notwendigkeit, die beiden Organisationen so anzupassen, dass diejenigen, die sich weiterhin für die Verteidigung des Völkerrechts einsetzen wollen, nicht von Bündnismitgliedern daran gehindert werden.

Die Bündnisstrategie, die unseren Regierungen empfohlen werden sollte, besteht zweifellos darin, generell möglichst breite Koalitionen anzustreben. Diese sollten Südkorea, Japan, Australien und vielleicht auch andere einschließen, die bereit sind, gemeinsam mit uns Maßnahmen zur Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung zu ergreifen. Gleichzeitig müssen wir realistisch sein. Es wird zunehmend „mini-laterale“ Koalitionen geben, das heißt die Zusammenarbeit von drei bis einem Dutzend Ländern innerhalb der NATO und der EU oder einiger Mitglieder mit Partnern außerhalb. Wir müssen dabei den Vetos der NATO- und EU-Mitglieder für gemeinsame Positionen und Aktionen entkommen. Mit anderen Worten: Wir müssen beide Organisationen auf die Möglichkeit vorbereiten, dass Entscheidungen – eventuell sogar gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen! – von einigen Mitgliedern nicht unterstützt werden. Die NATO und die EU müssen jedoch handlungsfähig sein, um kollektive Selbstverteidigung und den Schutz des Völkerrechts sicherzustellen – auch wenn nicht alle Mitglieder mitziehen. Ihre institutionelle Zusammenarbeit darf daher nicht länger von Mitgliedern nur der einen oder anderen Organisation blockiert werden können. Dazu bedarf es institutioneller Reformen, die jetzt angegangen werden müssen.

Literatur

- Aron, Raymond (1963): *Le grand débat: Initiation à la stratégie atomique*, Paris: Calmann-Lévy.
- Biscop, Sven (2021): *Grand Strategy in 10 Words: A Guide to Great Power Politics in the 21st Century*, Bristol: Bristol University Press.
- Dalsjö, Robert (2006): *Life-Line Lost. The Rise and Fall of "Neutral" Sweden's Secret Reserve Option of Wartime Help from the West*, Stockholm: Santérus International.
- Götz, Elias/Kaas, Jonas Gejl/Knudsen, Kevin Patrick (2023): How African states voted on Russia's war in Ukraine at the United Nations – and what it means for the West, in: *DIIS Policy Brief*, 15.11.2023, <https://www.diis.dk/en/research/how-african-states-voted-on-russias-war-in-ukraine-the-united-nations-and-what-it-means>.
- Heuser, Beatrice (1997): *NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000*, London: Macmillan.
- Heuser, Beatrice (2018): *Brexit in History: Sovereignty vs. European Union*, London: Hurst.
- Krauthammer, Charles (1990): The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, 70 (1), 23–33.
- Macmillan, Alan/Baylis, John (1993): *A Reassessment of the British Global Strategy Paper of 1952*, Aberystwyth: University of Wales.
- Mahncke, Dieter (1972): *Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der Atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin: De Gruyter.
- Nord, Marina/Altman, David/Angiolillo, Fabio/Fernandes, Tiago/Good God, Ana/Lindberg, Staffan I. (2025): Democracy Report 2025, Gothenburg: University of Gothenburg, https://www.v-dem.net/documents/60/V-dem-dr__2025_lowres.pdf.
- Pogue, Forrest C. (2020): *George C. Marshall. Statesman, 1945–1959*, Lexington, Mass.: Plunkett Lake Press.
- Simón, Luis/Boswinkel, Lotje (2025): What if Hell Breaks Loose? Imagining a post-American Europe, in: *CSDS Policy Brief*, 2025 (17), <https://csds.vub.be/publication/what-if-hell-breaks-loose-imagining-a-post-american-europe>.
- Simón, Luis/Fiott, Daniel/Mattelaer, Alexander/Masuda, Masayuki/Boswinkel, Lotje/Lanoszka, Alexander/Meijer, Hugo (2025): Primed for Deterrence? NATO and the Indo-Pacific in the Age of Great Power Competition, in: *CSDS In-Depth*, 14, <https://csds.vub.be/publication/primed-for-deterrence-nato-and-the-indo-pacific-in-the-age-of-great-power-competition>.
- Stephen, Matthew D. (2014): States, Norms and Power. Emerging Powers and Global Order, in: *Millennium – Journal of International Studies*, 42 (3), 888–896.
- Strange, Susan (1996): *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- UK Ministry of Defence (2025): *The Strategic Defence Review (SDR) 2025 – Making Britain Safer: secure at home, strong abroad*, <https://www.gov.uk/government/publications/the-strategic-defence-review-2025-making-britain-safer-secure-at-home-strong-abroad>.
- Winand, Pascaline (1993): *Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe*, New York: St. Martin's Press.
- Woodward, Bob (2018): *Fear. Trump in the White House*, New York: Simon & Schuster.

Hinweis: Eine französische Version dieses Textes erscheint diesen Herbst in der *Revue des deux Mondes*.